

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1922**

159 (12.7.1922)

# Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Durlach.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertage ausgenommen  
Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich  
monatlich 7 Mk., Postbezug monatlich 7 Mk. 50 Pf., Einzelnummer  
und Belegblatt 70 Pf.



Die einseitige Beilage oder deren Raum 1 Mt., Reklamezeile  
4 Mt. 50 Pf. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nach-  
mittags 4 Uhr, für dringliche Familien-Anzeigen am Erscheinungstag  
1/2 Uhr vormittags. Kleine Anzeigen sind sofort zu bezahlen. Für  
Blattverrichtungen und Tag der Ausgabe kann keine Gewähr über-  
nommen werden. Im Fall höherer Gewalt hat der Bezahler keine  
Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 159

Mittwoch, den 12. Juli 1922.

93. Jahrgang.

## Tagespiegel.

Nach den neuesten Meldungen ist die Verknüpfung der Durlacher Nachrichten auf der Spur.

Grav Verheerung übte in einer Rede scharfe Kritik an der Politik der Reichsregierung.

In Island wurden 5 Eisenbahnbrücken in die Luft gesprengt. Der Bahnbetrieb zwischen Reykjavik ist unterbrochen.

Im amerikanischen Bergarbeiterstreik hat Harding den Grubenbesitzern und Bergarbeitern einen Vermittlungsvorschlag unterbreitet.

## Hinter den Kulissen der Kleinen Entente.

Die Kleine Entente ist im Herbst 1920 aus einer Verständigung zwischen den Tschechen und Südslawen hervorgegangen. Ihr Zweck war, die Gebietsverteilung unter den österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten zu sichern, und sie richtete sich daher vor allem gegen Ungarn, von dem Serben und Tschechen Revangegeldes befürchteten. Auch Rumänien, das sich weite ehemals ungarische Gebiete angeeignet hat, schloß sich dieser Gruppe an. Der leitende Geist in ihr war Benesch, der durch die Vereinbarungen mit Belgrad und Rumänien sich in gewisser Hinsicht von der französischen Bevormundung freimachen wollte. Mit besonderem Mißtrauen verfolgte man in Prag die Annäherung Ungarns an Frankreich. Italien sah das Entstehen dieser Verständigung auch nicht ungern, denn es hoffte, über die Tschechoslowakei zu einem besseren Verhältnis zu den Südslawen zu gelangen und Frankreich im ehemaligen Österreich-Ungarn aus dem Sattel zu heben. In ihren Anfängen stand auch die Kleine Entente dem Gedanken des Anschlusses Österreichs an Deutschland nicht ablehnend gegenüber, hoffte man doch auf diese Weise die Rückkehr der Habsburger nach Wien unter allen Umständen zu verhindern. Aus der neuen Konstellation wußte aber Frankreich rasch Nutzen zu ziehen. Das tschechoslowakische Heer ist durchaus in der Hand französischer Instrukteure. Nach einer Anfrage deutscher Abgeordneter im Prager Parlament scheinen sogar zwischen Frankreich und den Tschechen weitgehende Abmachungen militärischer Natur zu bestehen, die eine Teilnahme der Tschechen an Sanktionen gegen Deutschland und ein Einschreiten bei der Unterdrückung ausländischer Bewegungen in Deutschland und den österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten vorsehen. Darunter wäre wohl eine Anschlußbewegung Österreichs zu verstehen, und es ist beachtenswert, daß diese Abmachungen in ihren Anfängen bereits auf das Ende des Jahres 1918 zurückgehen sollen. Für Frankreich war der Augenblick günstig, weil unter dem Grafen Sforza Italien eine selbständige Politik auf dem Gebiete der früheren Donaumonarchie nicht mehr trieb, sondern Anschluß an Frankreich suchte. So gelang es den Franzosen, die Kleine Entente in dem von ihr gewünschten Sinne zu beeinflussen. Das die Tschechen, die wirtschaftlich auf ein Zusammengehen mit Deutschland angewiesen sind, in ihrem nationalen Teil hochstehende Machtpläne verfolgen, ist bekannt, als ein dem Prager Ministerium des Äußeren nahestehender Schriftsteller, Hanuš Kuffler, eine Denkschrift des Ministers Benesch an die Pariser Friedenskonferenz veröffentlichte. Danach richtet sich das Augenmerk der Tschechen auf Wien, denn sie möchten diese Millionenstadt, die als Donauhafen wie als Weltmittelpunkt die größte Bedeutung besitzt, in ihre Gewalt bekommen. Sogar an die Wenden der Lausitz denken die Tschechen. Da auch Polen diese Westslawen mit seiner Aufmerksamkeit zu beglücken gedankt, wäre hier eine Wiederholung des Streites um Weßeln gegeben, falls derartige Phantasieren überhaupt ernsthafte Beachtung verdienen.

Frankreichs Bemühen war es, von der Dnieper bis zum Schwarzen Meer einen Schutzwall ihm ergebener Staatsgebilde zu errichten, die den Bolschewismus eindämmen, vor allem aber Deutschland wie Rußland an einer unmittelbaren Berührung verhindern sollen. Da Polen als östlicher Eckstein des russischen Bundesgenossen für Frankreich nicht ausreicht, zumal es seine Front zugleich gegen Rußland und Deutschland richten muß, so war die Kleine Entente in den Augen von Paris dazu bestimmt, einen weiteren Brückenkopf gegen Deutschland zu bilden, der von Böhmen aus besonders auch Bayern bedrohen könnte. Die Kleine Entente hatte wieder vor allem Interesse daran, in Ungarn keinen neuen Mittelpunkt entstehen zu lassen, der auf die losgelassenen Gebiete, wie auf das heutige Österreich Anziehungskraft ausüben vermöchte. Denn über die Berechtigung ihrer Westpolitik sind sich Rumänen, Südslawen und Tschechen innerlich doch nicht

so ganz sicher, wie sie das öffentlich behaupten. Durch Verträge zwischen Prag und Belgrad, zwischen Prag und Bukarest, sowie zwischen Bukarest und Belgrad haben sich die drei Staaten ihren gegenseitigen Beistand gewährleistet und sich für den Fall der Wiederkehr der Habsburger nach Budapest zu gemeinsamem Vorgehen verpflichtet. Nun ist die ungarische Armee ein Faktor, mit dem sehr ernstlich gerechnet werden muß. Frankreich lag daran, dieses Heer gegen die Bolschewisten zur Verfügung zu haben. Es hätte gern Ungarn mit in seine große Kombination aufgenommen. Vielleicht waren die verjüngten Staatsreiche Kaiser Karls, die von der Pariser Regierung amtlich mißbilligt, von französischen Militärkreisen aber gefördert wurden, darauf berechnet, eine solche Klärung herbeizuführen. Bislang ist das gegenseitige Mißtrauen zwischen Ungarn und der Kleinen Entente jedoch nicht überbrückt worden. Ferner arbeitete Frankreich stark an einer Annäherung Polens an die Kleine Entente. Zwischen Prag und Bukarest kam auch schließlich eine Militärkonvention zustande, verbindet beide Länder doch die gemeinsame Sorge vor Rußland, Bessarabien, das 1878 von den Rumänen den Russen gegen Überlassung der Dobrußka abgetreten wurde, bildet einen Pantapel zwischen Moskau und Bukarest. Wiederholt kam Tschitcherine in Genua auf dieses Problem zu sprechen. Auch Prag und Warschau haben sich wirtschaftlich und politisch verständigt, nachdem die Tschechen britische Kapitalien heranzuziehen trachteten, während die wirtschaftliche Ausbeutung der Tschechoslowakei vorher eine Art französischer Monopols gewesen war. Durch eine Stabilisierung der Währung, die innere Kräfte, besonders Streiks hervorrief und die Exportfähigkeit der tschechischen Industrie in Frage stellt, hat sich Prag kreditfähig gemacht und daraufhin auch eine amerikanische Anleihe erhalten. Die Tschechen hielten sich denn auch in Genua übrigens ähnlich wie die Polen bei der Behandlung der russischen Angelegenheiten nicht abseits wie die Belgier und Franzosen. Aber sie konnten das umso unbedenklicher, als die Erfolglosigkeit der Genuaer Verhandlung vorauszusehen war und die Beteiligung an der Haager Kommission schließlich unbedenklich ist. Interessant ist, daß auch in Rumänien ein heftiger Kampf der Meinungen entstand. Die mächtige Bauernpartei trat stark für Rouz George ein und forderte ein Abtrüden von der bolschewistischen feindlichen Politik Frankreichs, wie sie die rumänischen Liberalen betrieben. Mit einem gewissen Unbehagen sieht die öffentliche Meinung Rumaniens auch das militärische Bündnis mit Polen an, weil sogar liberale Kreise fürchten, in gefährliche Abenteuer verwickelt zu werden. Innerhalb der Kleinen Entente selber bildet die Haltung gegenüber Rußland überhaupt den Grund weitgehender Meinungsverschiedenheiten. Rumänien fürchtet sich vor Bessarabien. Es nimmt an, daß jede russische Regierung, aller Erwägungen ungeachtet, an die Donaugrenze drängen wird. So ist es den Rumänen das liebste, daß Rußland möglichst schwach bleibt, ja, die französisch orientierten Elemente würden am liebsten die Ukraine ganz von Rußland trennen, unterstützen daher Petkura und andere bolschewistenfeindliche Bewegungen. Auch Polen hegt Besorgnisse um seine östliche Grenze, um die einmal mit einem erstarkten Rußland der Kampf entbrennen muß. Aber der russisch-polnisch-baltische Vertrag von Riga zeigt andererseits das Bestreben, mit den Sowjets auszukommen. In Südslawien beherbergt man Wangel mit den Trümmern seiner Armee. Daß er kurz vor Genua einen Vorstoß auf russisches Gebiet vorbereitete, wurde abgelehnt, dann hieß es, nach dem Waffenstillstand von Genua werde Wrangel aus Jugoslawien entfernt werden. Anstatt dessen hat er aufreizende Auftritte nach Bulgarien gerichtet, wo man die jüngsten Unruhen mit Wangelischen Madenschäften in Zusammenhang bringt. Jedenfalls neigt man in Südslawien einer monarchischen Restauration in Rußland zu, will aber aus Gefühlen des slavischen Zusammenhalts aktiv auch gegen den Bolschewismus nichts unternehmen. Belgrad verfolgt auf dem Balkan wichtige politische Ziele, so die Auseinandersetzung mit Italien um die Adria, die auch nach der Einigung über Trieste und Lana als grundsätzlicher Gegenstand weitergehen muß. Es steht ferner jener bulgarischen Richtung nicht fern, die einen engeren Anschluß Bulgariens an den Südslawenstaat erstrebt, etwa in der Form einer Konföderation, wobei der Zar von Bulgarien zum südslawischen König in ein ähnliches Ver-

hältnis treten würde, wie die früheren Bundesfürsten zum deutschen Kaiser. Sodann bleibt der Drang nach Saloniki übrig.

Die Tschechen wieder verfolgen andere Ziele. Sie lehnen im Gegensatz zu ihren französischen Lehren jede russenfeindliche Politik ab. Kerenski ist zwar in Prag, aber das neueste russisch-tschechische Abkommen von Genua, das sich an frühere Vereinbarungen ähnlicher Natur anschließt, sieht die Neutralität beider Staaten bei kriegerischen Verwicklungen voraus. Dies könnte sich sowohl gegen Polen wie gegen Rumänien richten. Durch den Vertrag von Lana, der Österreich finanziell von Prag abhängig macht, ist weiterhin der erste Stein gelegt zu einer zunächst wirtschaftlichen Föderation der Donaufaaten unter tschechischer und französischer Führung. Bei den Feierlichkeiten, die mit der Vermählung König Alexanders von Südslawien mit der Prinzessin Marie von Rumänien verbunden sein werden, sollten die Abmachungen über die Kleine Entente dahin ausgebaut werden, daß die Einzelverträge zwischen Prag, Belgrad und Rumänien in eine auf längere Zeit berechnete förmliche Allianz umgewandelt werden. Nach der „Morning Post“ sollten sich zunächst nur die Tschechen und die Südslawen auf mehr als fünf Jahre binden wollen, Rumänien aber erst später beitreten. Wie dem auch sei, das Bündnis richtet sich zunächst nur gegen Ungarn und gegen den Anschluß Österreichs an Deutschland. Die französisch gerichtete „Morning Post“ empfiehlt Österreich bei dieser Gelegenheit ganz offen den Beitritt zur Kleinen Entente. In diesen Punkten sind die drei Regierungen einig, alle anderen Fragen, besonders das Verhältnis zu Rußland, bleiben ungeklärt, und ob die Haager Ausschüßverhandlungen stabile Verhältnisse schaffen werden, das muß erst die Zukunft entscheiden. (R. N.)

## Deutscher Reichstag

Berlin, 10. Juli. Beginn der Sitzung 5.20 Uhr. Am Regierungstisch Reichsjustizminister Dr. Radbruch.

Die Interpellation Hergt (D.N.) betr. Aufruhr und Anarchismus im Lande Thüringen und die Interpellation Becker-Deffen (D.N.P.) über die Vorkommnisse in Darmstadt werden, wie der Regierungsvertreter mitteilt, in der üblichen Frist beantwortet werden.

Auf der Tagesordnung steht dann ein Antrag aller Parteien zwecks Erhöhung der Beiträge von Sozialrentnern. Die Erhöhung erfolgt bei den Renten zu Lasten der Versicherungsträger. Den neuen Höhe paßt der Entwurf neuer Lohnpreise mit neuen Feuerungsätzen an.

Abg. Hoff (S.) empfiehlt die Vorlage, die Klassen von A—M vorzieht und den Jahresarbeitsverdienst bis auf Mk. 72 000 umfaßt. Es handelt sich um schwer notleidende Kreise, die bisher noch nicht berücksichtigt wurden. Die Reichsstaatskasse ist nicht in der Lage, in Form neuer Steuern die Mittel für die Erhöhung aufzubringen. Deshalb ist die Erhöhung zu Lasten der Versicherungsträger noch der gangbarste Weg. Dr. Karsten (U.S.) hält die Vorlage für unzureichend.

Ministerialrat Dr. Rießer teilt mit, daß die Regierung vor zwei Tagen einen neuen Gesetzentwurf ausgearbeitet habe, der den vorliegenden überflüssig machen werde. Die vorgelegene Erhöhung trage der Indexziffer Rechnung.

Nach weiterer kurzer Aussprache gelangte der Antrag zur Annahme. Abg. Dr. Deermann (Bay. Volksp.) berichtete über einen Antrag des Bildungsausschusses, der Pflanzschulen für Junglehrer- und Lehrerinnen verlangt und der Auskunft erbittet, ob in einzelnen Ländern überfüllte Schulklassen mit mehr als 60 Kindern vorhanden sind.

Staatssekretär Schulz jagt Mißhilfe des Reiches zu, worauf der Antrag angenommen wird.

Es folgte die 2. Beratung des Republik-Schutzgesetzes. Abg. Dr. Bell (Z.) berichtet eingehend über die Verhandlungen des Rechtsausschusses, welcher der Ausweitung von ehemals landesherrlichen Familien nicht zugestimmt hat. Der Staatsgerichtshof soll sich aus zwei Mitgliedern des Reichsgerichts und fünf Laienmitgliedern zusammensetzen. Der Redner erinnert am Schluß seiner Ausführungen an die Pflicht der Stunde, die einen ernsten und festen Entschluß erfordert.

Der bayerische Gesandte von Dreger gibt an, daß die außerordentliche Situation Ausnahmeverordnungen notwendig mache. Der Gesetzentwurf gehe aber zu weit. Es sei der bayerischen Regierung unmöglich, dem Entwurf in der vorliegenden Fassung zuzustimmen. Es würden Abänderungsanträge kommen, um deren Annahme er bittet. Es handle sich besonders um die Zusammenziehung des Staatsgerichtshofes. Würden die Anträge nicht angenommen, so würde das Gesetz für Bayern und die gegenwärtige bayerische Regierung untragbar sein.

Die Aussprache über das Gesetz zum Schutze der Republik wurde darauf abgebrochen. — Gegen die sofortige Verweisung des Gesetzentwurfes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik an den Rechtsausschuss erhebt Abg. Schiele (D.N.) Einspruch. Es wird also in eine Erörterung eingetreten.

Abg. Deslert (D.N.) erhebt scharfsten Einspruch gegen die Vorlage. Die Vorlage geht alsdann an den Ausschuß. Weiterberatung am Dienstag.

Auf der Tagesordnung steht die Weiterberatung des Gesetzentwurfes zum Schutze der Republik. Der sozialdemokr. Abg. Wiesel erklärt, daß seine Partei mit der Fassung des Entwurfes nicht ganz zufrieden sei. Er fragt, ob der von

**Verlag, wonach am vergangenen und bevorstehenden des Reichspräsidenten zuerst der bayerischen Regierung zur Kenntnisnahme vorgelegt werden müssen, aufrecht erhalten wird.** Diese bayerische Verordnung sei ein Zeichen von unangenehmer Neugierde und Empfindlichkeit. Es folgt sodann die Rede des deutschnationalen Abgeordneten Grafen (Thüringen), der namens seiner Partei die Vorlage ablehnt, da sie einseitig gegen rechts gerichtet sei. Wegen die übermäßig schnelle Gesetzmacherei müsse scharf protestiert werden. Wenn das so weiter geht, so ist das das Ende der demokratischen Freiheit. Als der Redner sich scharf gegen die Linke des Hauses wendet, sagt die Linke habe immer Republikaner-Mordtaten verherrlicht, und als er in diesem Zusammenhang an den Namen Friedrich Adler erinnert, erhebt sich anhaltender Lärm auf der Linken, der durch scharfe Gegenrufe auf der Rechten noch zunimmt. Die Kommunisten versuchen vergeblich zur Rednertribüne vorzudringen und den Abg. Grafen herunterzuholen. Der Redner meinte weiterführend, die Oppositionsparteien hätten auch das Recht, in ihren Reden die Minister anzugreifen. Das Gesetz sei ein Produkt der zerstörenden Hand. Vor einer Reichstagsauflösung hätten die Deutschnationalen keine Angst. Justizminister Stadler nennt die Rede Grafes eine ungeheuerliche Provokation. Herr Graf sei es feinererart auch gewesen, der behauptet habe, von den hohen Herren, die Erzberger für die Kirche gesammelt habe, sei manches in die Taschen Erzbergers geflossen. (Lebhafte Pfuiwaise, namentlich im Zentrum). Der Minister verteidigt dann die Vorlage und erklärt, daß der Gesetzentwurf keine Verfassungsänderung bedeute.

Auch der Zentrumsvizepräsident Bell hält die Rede Grafes für nicht gerade geeignet, der Sicherheit und der Ruhe in unserer gegenwärtigen Lage zu dienen. Solche Provokationen können zu den ungeheuerlichsten Katastrophen führen. Sollen wir denn solange mit durchgeführten Maßnahmen warten, bis alle republikanischen Minister ermordet sind? Auch wir haben einige Bedenken gegen einzelne Bestimmungen, aber wir tragen der Gesamtsituation Rechnung. Abg. Kahl (Deutsche Volkspartei) erklärt die Bereitwilligkeit seiner Partei zur Mitarbeit an der verfassungsmäßigen Staatsform. Die überaus große Eile, mit der das Gesetz behandelt worden sei, wäre nicht nötig gewesen. Die Regierung dürfe keine Machtpolitik treiben. Großer Lärm entsteht wiederum, als der Redner der Linken vorwirft, sie sei auch nicht ganz schuldlos an den heutigen Verhältnissen. Die schwarz-weiß-rote Fahne werde von der Linken bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit in den Schmutz gezogen. Die Abgeordneten der Linken drängen sich an das Rednerpult und versuchen den Redner zu überführen.

Der Demokrat Stöde bezeichnet es als eine Schande, daß man heute überhaupt hier im Reichstag sitzen müsse, um über das Gesetz zu beraten.

Abg. Gamminger (ban. Volksp.) rechtfertigt den Standpunkt Bayerns. Bayern halte fest am Reich, verlange aber Berücksichtigung der Eigenart der einzelnen Länder. Der Redner lehnt die Vorlage ab.

Darauf nimmt der Reichskanzler das Wort und betont die Notwendigkeit einer schnellen Verabschiedung der Vorlage. Durch die Unterschichten des Volkes gebe eine ganz elementäre Bewegung. Beweise bieten die Vorgänge in Baden und Darmstadt. Leider glauben alle Schichten der Bevölkerung, daß die Regierung nicht ernst sei mit ihren Maßnahmen. Das Gesetz müsse bald Geltung erhalten. Der Staatsgerichtshof sei kein Revolutionstribunal. Dann spricht der Kanzler von echt bayerischer Grobheit. Die Gegenüber, die von Bayern alle Augenblicke ins Feld gehoben werden, bekänden gar nicht. Wenn man in Bayern die Wirtschaften abends um 9 Uhr schließen würde, so wäre das viel verhängnisvoller gewesen, als die Annahme der Vorlage auch von Bayern. (Heiterkeit). Wenn die Bayern in dieser Gesetzesvorlage mit uns zusammengehen würden, so wäre das der beste Beweis für den Bestand unseres Vaterlands.

Darauf verlagert sich das Haus zur Weiterberatung auf Mittwoch.

### Deutschland.

**Berlin, 11. Juli.** Fast alle Fraktionen hielten heute im Reichstag Sitzungen ab, um Stellung zum Gesetz zum Schutze der Republik zu nehmen. Vermutlich wird noch eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen eingebracht werden, doch rechnet man mit der Möglichkeit, zwischen der zweiten und dritten Lesung eine Einigung zu erzielen. Es ist also anzunehmen, daß das Gesetz zustandekommen wird, wenn nicht von außen her neue Schwierigkeiten in die Verhandlungen hineingetragen werden. Die Differenzpunkte an sich sind jedenfalls nicht so erheblich, daß sie nicht überwunden werden können.

**Berlin, 11. Juli.** Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß, in ihrer gestrigen Sitzung in keine Regierungsopposition mit der Deutschen Volkspartei gemeinsam einzutreten.

## Auf Hesselvörde.

Roman von Fritz Ganger.

Joachim von Brandt fand auf seinem Gange über die Felder nicht die von ihm erwartete Beruhigung; denn er kam zu keiner Klärung und Sichtung seiner Gedankenwelt. Es blieb alles ruhelose Frage in ihm, er litt unter dem Druck einer grenzenlosen Enttäuschung.

Mit verbissenerm Gesicht lies er dahin, auf den Weg nicht achtend. Er hatte nur das Bedürfnis, immer weiter fort von Hesselvörde und, wenn es möglich gewesen, nie wieder nach dort zurück.

Ein ihn über alle Maßen beglückendes Erwarten war im jähen Sturz zertrümmert. An Stelle des mit glücklicher Ungeduld herbeigeschnittenen Besens war ein ihm völlig gleichgültiger, unbekannter Mensch in sein Haus getreten. Ein Irrtum hatte leichtfertiges Spiel mit ihm getrieben. Er suchte dem Irrtum. Denn er sah keine Möglichkeit, ihn zu beseitigen. Dieses hypernervöse Wesen, das er unter dem Dach seines Hauses wußte, war ein wandfrei Burmanns Tochter. Auf ihrer Gegenwart beruhte die Neu-Gründung seiner wirtschaftlichen Existenz. Sie einfach wieder fortzuschicken — was er im ersten Ueberlegen geplant — bedeutete, abgesehen von einer Unmöglichkeit, dies zu tun, überhaupt, das Versagen der finanziellen Hilfe Burmanns. Sollte er also, wenigstens nominell, Herr von Hesselvörde bleiben, so mußte er sich mit der Anwesenheit Edith Burmanns abzufinden suchen und seinen Traum begraben.

Wer war die Person, der dieser Traum galt? Wer war Renate? Diese Frage beschäftigte ihn schließlich am nachhaltigsten. Eine Schwester Ediths? Ihre Freundin? — Das qualende Verlangen, den über ihre Person gebreiteten Schleier zu lüften, erfaßte ihn und trieb ihn heim. Von Edith würde er es so bald wie möglich zu erfahren wissen.

Darüber hinaus dachte er zunächst nichts. Auch kam er gar nicht dazu, seine Gedanken in dieser Richtung weiter fortzuführen, da er sich an einer Wegbiegung in einem schon zu Sophienwalde gehörenden Gehölz plötzlich Graf Reedern gegenüber sah.

**Berlin, 11. Juli.** In der gestrigen nachmittag abgehaltenen Fraktionsitzung der Sozialdemokratischen Partei wurde folgende Entschlieung gefaßt: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt, daß das zum Schutze der Republik zu beschließende Gesetz nur von einer entschieden republikanischen Regierung durchgeführt werden könne. Die Deutsche Volkspartei habe in letzter Zeit in ihrer Bekämpfung einer Reihe wichtiger Regierungsvorlagen die notwendige Rücksicht auf das Staatsinteresse und die Bedürfnisse der breitesten Volksmassen vermissen lassen. Sie hat erst nach der Ermordung Rathenaus die Getreideumlage abgelehnt. Unter diesen Umständen würde die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierungsopposition bei den breitesten Volksmassen das Vertrauen in die Absichten der Regierung, das Gesetz zum Schutze der Republik energig durchzuführen, aufs tiefste erschüttern. Für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion kommt daher die Teilnahme an einer nach rechts erweiterten Regierung nicht in Frage.

**Berlin, 11. Juli.** Der Reichsminister des Innern hat dem Reichstag einen Gesetzentwurf zugehen lassen, durch den die Frage der Feiertage reichsgesetzlich gelöst werden soll. Als gesetzliche Feiertage des Reiches werden bestimmt: die beiden Oftertage die beiden Pfingsttage, die beiden Weihnachtstage und der 11. August; in Süddeutschland der Fronleichnamstag und in Norddeutschland der Karfreitag. Der landesgesetzlichen Regierungsgewalt bleibt es überlassen, die Zeit- und Vorkauf- und den 1. Mai zu Feiertagen zu erklären. Weitere Feiertage können nur durch Reichsgesetz eingeführt werden. Für den Verfassungsfesttag ist vorgesehen, daß die Landesregierungen nach Antragsaufforderungen des Reiches nähere Bestimmungen zu seiner würdigen Ausgestaltung treffen können.

**Berlin, 11. Juli.** Grund der am Vormittag in Leipzig gefaßten Beschlüsse sind die ausständischen Buchdrucker heute um 1 Uhr zu einer Versammlung zusammen getreten. Der Streik gilt als beigelegt. Die Berliner Blätter werden morgen früh wieder erscheinen. Vermutlich können sogar schon die heutigen Spätabendblätter herauskommen.

**Berlin, 11. Juli.** Wie die T.M. erfährt, ist Kapitänleutnant A. D. Küllinger gestern aus der Haft des Berliner Polizeipräsidenten entlassen worden.

**Magdeburg, 11. Juli.** Bei einem Angehörigen einer rechtsstehenden Organisation wurde ein ganz neues Artilleriegewehr gefunden. Ebenso wurden in einem anderen Fall 18 Infanterie-Gewehre mit vollständiger Infanterie-Ausrüstung für 8 Mann und in einem alten Gewehr 36 Karabiner und neue Gewehre entdeckt. Einer der Waffenschmuggler hat nach einem inner Polizeipräsidenten entlassen worden.

**Oppeln, 11. Juli.** Heute fand die Wiederbesetzung des letzten Stützpunktes der wieder an Deutschland fallenden oberösterreichischen Erde durch deutsche Truppen ihren Abschluß. Der Festakt wurde eingeleitet durch einen Gottesdienst in der alten Pfarrkirche. Als Vertreter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers war Reichsminister Dr. Brauns erschienen. Das Reichsministerium des Innern hatte dem Ministerialrat Geheimen Regierungsrat Schmidt, das Auswärtige Amt Regierungsrat v. Aers entsandt, die preußische Staatsregierung den Staatsminister des Innern Severing. Nach einem durch den Oppelner Musikverein zum Vortrag gebrachten Lied übergab Gesandter Dr. Eckard mit kurzen Worten die Regierungsgewalt dem Oberpräsidenten Hitta. Dieser erwiderte darauf mit einer Ansprache. Nach einem dreifachen Hoch, auf das Vaterland stimmte die Menge „Deutschland, Deutschland über alles“ an. Darauf wurden noch zwei Begrüßungsgramme, die vom Reichspräsidenten und dem Reichsminister des Innern, Dr. Köster, eingegangen waren, verlesen. Dann erbot Oberbürgermeister Dr. Reugebauer-Oppeln der Reichswehr den Willkommen der Stadt. Minister Severing sagte u. a.: Was wir erfahren haben, ist ein Höhepunkt auf den vielgerühmten Grundgesetz vom Selbstbestimmungsrecht. Ich danke allen denen, die in den schweren Tagen still und bescheiden ausdauernd und beharrlich ihre Pflicht getan haben. Die Begrüßungsansprache an die Reichswehr und die Schupo beantwortete Generalmajor v. Ledebour mit Worten des Dankes. Mit einer Parade über die aus

Infanterie, Kavallerie und Artillerie zusammengelegte Reichswehr endete die eindrucksvolle Feier auf dem Ring. Daran anschließend veranstalteten die an der Feier beteiligten militärischen und zivilen Vereinigungen einen Umzug durch die Stadt.

**Breslau, 11. Juli.** Aus Gleiwitz wird gemeldet, daß die in der ganzen Nacht wieder von der neuen Grenze her ununterbrochen Gewehrfeuer hörte. Es haben schwerere Bandenkämpfe stattgefunden. Ein ununterbrochener Flüchtlingsstrom ist wieder aus dem abgetretenen Oberschlesien nach der deutschen Grenze unterwegs. In Königshütte und Kattowitz versuchten polnische Banden gestern abend, die Gebäude deutscher Zeitungen zu stürmen.

## Auf den Spuren der Rathenau-Mörder.

Berlin, 11. Juli.

Ueber die Verfolgung der Rathenau-Mörder wird der T.M. amtlich von der Abteilung 1 A des Berliner Polizeipräsidenten mitgeteilt: Die Ermittlungen haben ergeben, daß die beiden flüchtig gegangenen Mörder des Ministers Dr. Rathenau, der Ingenieur Hermann Fischer und der Oberleutnant z. S. Kern sich vom 4. bis zum 6. Juli zu Wismar in Mecklenburg, am 7. in Neukalis, am 8. in Lenz, a. d. Elbe aufgehalten haben. Als sie dort von der Polizei erkannt wurden, flüchteten sie über die Elbe auf hannoversches Gebiet. Ein starkes Angebot der Berliner politischen Polizei mit Kraftwagen und Polizeikommando, die sofort die Spur aufgenommen haben, stellten fest, daß die beiden später dann nach Süden in der Richtung Gardelegen geflüchtet sind. Alle erdenklichen amtlichen Maßnahmen sind im Gange. Außer der bereits ausgeführten Summe einer Million Mark hat die Reichsregierung noch eine weitere Belohnung von einer Million Mark ausgesetzt und zwar lediglich für die Personen, die Fischer und Kern ergreifen oder zu einer Verhaftung beitragen. In Lenz sprach die Mörder bei einem Manne am Unterkauf für die Nacht vor. Der Mann nahm sie nicht an, sondern wies sie nach dem Gasthaus zur Sonne, wo sie dann auch unterkamen. In der Zwischenzeit war dann durch die Fahndungsabteilung der Berliner politischen Polizei überall aufmerksam gemacht worden, so auch in Lenz. Als Beamte der Berliner politischen Polizei eintrafen, erkundigte sich die Dräupolizei bei dem Manne, bei dem die Mörder wegen Unterkauf angefragt hatten. Während dieser Zeit sahen Fischer und Kern im Gasthaus zur Sonne, wo sie übernachtet hatten, noch im Wohnzimmer und warteten auf ihre bestellten Speisen. Als sie dann den Mann, der sie abgeholt hatte, mit sich nahmen, sahen sie den Mann kommen, merkten sie gleich, daß man ihnen auf der Spur war, ließen die bestellten Speisen im Stuhl, ergreifen die Nacht und eilten an die Elbe. Sie ließen sich dort in einem Fischerboot verstecken, während die Polizei im zentralen Bereich übersehen, während die Polizei im Gasthaus sich nach ihnen umschau. Sobald festgestellt war, daß die beiden Gäste verschwunden waren, eilte auch die Polizei an die Elbe, sah aber nur noch die beiden Nebengewehre, wie sie sich in den Büschen versteckten, um sich in den Wäldungen des Kreises Vichow, der an die Elbe angrenzt, zu verbergen. Nach dem das große Berliner Fahndungskommando eingetroffen war, nahm man sofort die Spur auf und traf alle Maßnahmen, um den Kreis um die Fischerlinge zu schließen. Der Mann, der sie versteckt hielt, schloß, daß ihnen ein Versteck kaum gelingen wird.

## Der Protest der rheinischen Bevölkerung gegen die separatistischen Umtriebe.

Von Dr. Wolfgang Scheidewitz.

Die französische Propaganda ist mit allen Kräften im Ausland den letzten Eindruck zu erneuern, als handle es sich bei der separatistischen Bewegung um Fortbewegungen, die dem Willen der Rheinländer entsprechen. Die zahlreichen empörten Proteste der rheinischen Bevölkerung, die in den letzten Wochen trotz des Druckes der Besatzungsmächte den Willen neuen Verrats an der Deutschen Reichs bekundeten, haben die französische Propaganda ärgert. Im Rheinlande selbst ist aber niemand darüber im Zweifel, daß die separatistische Bewegung nur darauf beruht in ihre kranken rollenden Franken und damit sehr unger französischer Menge besteht. Nur die verführten Berühmtheiten selbst, die Smeets, Dorien, Bürgers und andere politische Umstürzler

weiter fortzuführen, da er sich an einer Wegbiegung in einem schon zu Sophienwalde gehörenden Gehölz plötzlich Graf Reedern gegenüber sah.

Joachim war peinlich berührt. Auch Reedern zuckte zusammen und schien unangenehm überrascht. Seit dem letzten Zusammensein in Hesselvörde nach Joachims Rückkehr von Wangerooze hatten sie sich nicht gesehen. Sie halfen sich über die ersten peinlichen Minuten mit ein paar gleichgültigen Redewendungen hinweg. Pöblich fragte Reedern unvermittelt:

„Ist es wahr, daß Sie Hesselvörde verkauft haben?“

Joachim sah seinen Gutsnachbar überrascht an. „Wer sagt das?“ fragte er kurz, halb belustigt, halb ärgerlich. Die Fama behauptet es. Sie wissen ja: gerüchelt wurde verläutet usw.“

„Na ja, die Fama ist zu deutsch ein abscheuliches Klatschweib, das einem die tollsten Sachen andichtet.“

„Ist es nicht wahr?“

„Nein... allerdings... er machte eine kurze Pause und fuhr dann ernst und gemessen fort: „Ich trug mich mit der Absicht, es zu tun... Warum soll ich Ihnen als altem Bekannten das verheimlichen? Sie werden ja wissen, daß die Hypothekenerhältnisse Hesselvördes keinen Dreier wert sind. Und — unter uns natürlich — hatte ich nicht das Verlangen, eines schönen Tages auf die Straße gesetzt zu werden. Aus dem Versuch, einen anständigen Verkauf zuzewege zu bringen, ist dann eine Hypothekenerlösung geworden. Und zum Dank habe ich ein Sanatorium aus Hesselvörde gemacht.“

Seine Stimme hatte zuletzt bisig geklungen. Nun lächelte er Reedern spöttisch an.

Der verstand nicht und sagte das. Joachim klärte ihn mit wenigen Worten auf. Reedern nickte.

„Mußte das so sein? Hätten Sie nicht wissen sollen, daß ich Ihnen gern geholfen?“

„Guter Reedern.“ sagte Joachim warm, „ich danke Ihnen! Aber erinnern Sie sich doch mal unseres letzten Zusammenseins! Wie konnte ich Ihnen danach noch mit Geldgeschäften kommen? Das wäre ja doch ein Stück

aus... ich meine, das hätte ich nie getan. Und übrigens steckt niemand so aus reiner Gefälligkeit und barmherziger Nächstenliebe sein gutes Geld in einen faulen Schwindel... Ja, wenn alles anders gekommen wäre... Er brach, wie über sich selbst erschrocken, ab und fuhr ernst und gemessen fort: „Verzeihen Sie, daß ich daran rühre, Reedern, ich muß es in halber Bewußtlosigkeit gesagt haben!“

Reedern lächelte weh und hatte eine abwehrende Handbewegung.

„Es tut nichts, lieber Brandt. Sie haben an nichts Totes gerührt. Ich denke oft an Sibille als an jemand, dem man ein treues Gedenken bewahrt.“

Joachim war im Gesicht erdabt geworden. Sein Auge lochte sich auf.

„Halt, Reedern.“ sagte er streng: „Das dürfen Sie nicht, an meine... ich will sagen, an diese Person Sibille in dieser Weise zu denken... Ja, sehen Sie mich nicht an, als wenn ich verrückt geworden sei...“

„Bitte, Sie sind fürchterlich erregt... Beruhigen Sie sich. Ich verstehe Sie tatsächlich nicht. Was veranlaßt Sie, so von Sibille zu sprechen?“

„Ihre Ehrlosigkeit...“

„Brandt!“ Reedern trat einen jähen Schritt vor, als wolle er dem anern an die Kehle.

„Ich kann nur wiederholen...“

„Nein, bitte sagen Sie das schämliche Wort nicht. Es trifft mich wie ein Knutenstieb! Es erniedrigt mich...“

„Und doch ist es so!“ sagte Joachim. „Es tut mir leid, daß wir über eine Sache, die nur für die verborgensten Blätter der Familienchronik bestimmt ist, sprechen müssen. Aber ich bin Ihnen, nachdem ich weiß, wie es in Ihrem Innern aussieht, Offenheit schuldig. Also eine Sibille Brandt gibt's nicht mehr. Höchstens eine Sibille Halm. Dazu erhob sie sich aus eigenen Gnaden, als sie aller Sitte zum Trotz mit ihrem Galan von Wangerooze floh, um mit ihm in England die Ehe zu schließen.“

(Fortsetzung folgt.)

Q

werden sie, zu loben, während in Wahrheit sie selbst nur geschobene Kreaturen sind, deren Eitelkeit, Machtgier und Verblendung der französische Imperialismus trefflich auszunutzen vermag — um eines Tages vielleicht auch diese betrogene Nation fallen zu lassen, wenn ihm die weitverbreitete Situation das Spiel mit anderen Karten als wünschenswerter erscheinen lassen.

Die militärische Befestigung der Rheinlande beginnt allmählich durch die wachsende Höhe der Besatzungskosten, durch die Ausbreitungen und Uebergriffe des Militarismus und seine Behinderung des freien Verkehrs am deutschen Rhein auch außerhalb Deutschlands eine immer härtere Kritik herauszufordern. Frankreich ahnt, daß es nicht mehr lange mit gleichem militärischen Druck die deutsche Bevölkerung der rheinischen Gebiete beherrschen kann. Man hat deshalb in Paris ein anderes Schlagwort, gleichsam als politische Keimzelle, ausgesprochen, das die Rheinlande der französischen Nachkriegsdiplomatie weihen soll. Man rufte in die Welt das trügerische Wort: „Neutralisation der Rheinlande“ — und man meint damit die Vorkriegsstellung der deutschen Gebiete am Rhein von dem Organismus des deutschen Reiches, unter der Regie von Mannern, die von Paris und Brüssel aus die Direktiven ihres Handels empfangen; feiner Männer, die in herrschaftlichen Strengegezeiten die Rheinländer dem Schicksal der „Reichslande“ anempfehlen und die, indem sie ihr deutsches Vaterland und den deutschen Staat beschimpfen, der französischen Propaganda willkommenes Kultiviermaterial liefern.

In der richtigen Erkenntnis dieser Zusammenhänge haben bereits am 27. April die Zentrumspartei, die sozialdemokratische Partei, die deutsche Volkspartei, die deutschnationale Volkspartei, und die deutsche demokratische Partei in einer Tagung ihrer rheinischen Abgeordneten in Koblenz ein Programm einer „Neutralisierung des Rheinischen Landes“ verabschiedet. Später haben sich auch, wie bereits in diesen Blättern berichtet wurde, die unabhängigen Sozialdemokraten und die Kommunisten unabweisend gegen die Neutralisierungsbestrebungen ausgesprochen und ihren Wählern vor Augen gestellt, daß eine Abänderung der staatsrechtlichen Verhältnisse im Rheinland den deutschen Arbeiter am Rhein zum Ausbeutungsobjekt des französischen Kapitalismus machen werde. In fast allen größeren Orten des Rheinlandes haben dann die politischen Parteien Kundgebungen ihrer Treue an Deutschland gegeben und es hat sich dabei in Bonn, in Neuz und vielen anderen Städten das erfreuliche und seltene Schauspiel einer einmütigen und einheitlichen Kundgebung aller innerpolitischen Gruppen von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten, zugetragen. Ebenso haben auch sämtliche Gruppen der Gewerkschaftsbewegung von einheitlichem Treugelübnis getragene Proteste gegen die separatistischen Maßnahmen erlassen. In den letzten Wochen haben infolge der Vorbereitung der Separatisten zu Fußmarschen zwecks Ausübung der separatistischen Republik, wie sie besonders in Lothar und Trier geplant waren, die Gegenproteste der deutschen Bevölkerung eine besonders energische, und zweifelslos auch nennenswerte Form angenommen. Objektive Beurteiler haben wohl mit Recht der Meinung Ausdruck gegeben, daß in diesen Kundgebungen eine gewisse Ueberhöhung der Macht und der Bedeutung der separatistischen Kräfte zum Ausdruck kommt, daß man sich umsonst bemühen wird, die vormaligen zum Scheitern verurteilten Sätze gemacht hat. Wenn dem auch so sein mag, so ist die Notwendigkeit nun allzu offensichtlich aus dem drückenden Gefühl der Unfreiheit, das seit Jahren über dem Rheinlande lastet, daß der Zwangsmaßnahmen der fremden Besatzungsmächte, daß der „Neutralisierung der Rheinlande“ zur Wehr steht?

## Ausland.

Paris, 11. Juli. Evening Standard glaubt zu wissen, daß Dr. Simons sich binnen kurzem nach London begeben werde, um der britischen Regierung auszuhandeln, daß Deutschlands Rettung nur durch ein Moratorium hand in hand mit einer internationalen Anleihe möglich sein werde.

Paris, 11. Juli. Die englische Meldung über die Einberufung einer Konferenz der Finanzminister findet französischerseits keine günstige Aufnahme. Der Temps unternimmt, scheinbar im Auftrag der Regierung schon im voraus gegen diesen Vorschlag einen Feldzug und erklärt, Frankreich könne eine Entschuldigungskonferenz unter irgendwelchen Formen nicht als wünschenswert betrachten.

## Die Moratoriumsfrage.

Paris, 12. Juli.

„Das Mail“ erklärt, daß Deutschlands Forderung auf Gewährung eines Moratoriums aller Voraussicht nach genehmigt werde, nur werde Frankreich auf eine Verstärkung der Finanzkontrolle bestehen.

Berlin, 12. Juli.

In unterrichteten Berliner Finanzkreisen rechnet man bestimmt damit, daß Deutschland ein Moratorium gewährt wird. Morgen werden in Paris die Verhandlungen der deutschen Beauftragten mit der Reparationskommission beginnen. Nach in Berlin vorliegenden Informationen sieht man auch in Frankreich jetzt ein, daß Deutschland nicht zahlen kann und einen Zahlungsstopp erhalten muß. Jedoch wird Frankreich an das Moratorium wahrscheinlich verschiedene Bedingungen knüpfen, vor allem die einer durchgreifenden Finanzkontrolle in Deutschland, wenn die Berliner Regierung dieser Finanzkontrolle einwilligen noch ablehnen gegenübersteht, so ist doch damit zu rechnen, daß sich aus der Not heraus einer Kontrolle in gewisser Form fügen wird. Den Pariser Verhandlungen sollen, wie wir weiter hören, die Berichte der in Berlin weilenden Garantienkommission als Unterlage dienen.

Berlin, 11. Juli.

Ueber die Unterredungen zwischen den Staatssekretären Fischer und Schöber mit den Delegierten der Reparationskommission schreibt der Reichs-Pariser: Die Mitglieder der Reparationskommission glauben, bevor sie eine Entscheidung über ein eventuelles Moratorium treffen erst mit Deutschland den Verfalltag vom 15. Juli erledigen zu müssen. 1. Theoretisch werde die Summe von 50 Milliarden Goldmark auf 35 Milliarden herabgesetzt im Hinblick auf die Reparationen, die Deutschland den Vereinigten Staaten geliefert hat und 2. sei es notwendig, den Bericht des Garantienauslasses über die Reparationen der Verbände

kontrolle in Deutschland abzuwarten. Der Ende diese Woche erwartet werde. „Reichs-Pariser“ spricht den Gedanken aus, daß vielleicht ein Moratorium gar nicht mehr nützlich würde, sondern eine äußere Anleihe notwendig sein würde, um den wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern.

## Baden und Nachbarstaaten.

Bretten, 11. Juli. (Prähistorische Funde.) Auf dem Arbeitsfeld der Dampfziesel Beträge wurden prähistorische Funde gemacht. Man fand Zahn- und Knochenreste, darunter auch einen Stoßzahn von etwa zwei Meter Länge, die von einem Mammut herrühren müssen. Der Stoßzahn konnte leider nur beschädigt geborgen werden.

Mannheim, 11. Juli. (Verbandsstag.) Am Samstag begann der von Vertretern aller deutschen Gaue besuchte 35. Verbandstag Deutscher Schlosser-Innungen mit der Landesverbandstagung des badischen Verbandes, der von dem Vorsitzenden Schlossermeister Zähler-Karlruhe geleitet wurde. Bemerkenswert war die Annahme eines Antrags auf obligatorische Einführung der 3½-jährigen Lehrzeit. Als Tagungsort für den badischen Landesverbandstag 1923 wurde Baden-Baden gewählt. In Verbindung mit dem Verbandstag stand eine ausgedehnte Tagungsausschreibung.

Baden-Baden, 11. Juli. (Orchesterstreik.) Die Mitglieder des Orchesters traten am Samstag abend in den Streik, weil die kurz vor Beginn der Vorstellung erhobene Forderung einer Gehaltserhöhung von 1500 Mk. von der Direktion nicht ganz bewilligt war. Die Operette „Die Fledermaus“ mußte unter Klavierbegleitung vor sich gehen.

Tennenbronn, 11. Juli. (Tödlicher Sturz.) Der in den 40er Jahren stehende Metzgermeister Kienzler stürzte wahrscheinlich infolge eines Schwächeanfalls vom Rade und erlitt einen schweren Schädelbruch, an dessen Folgen er starb.

Freiburg, 11. Juli. (Schwere Verletzungen.) In der Nähe von Gundelfingen erlitt an einem der letzten Abende der Heizer eines Schnellzugs, als er auf dem Tender stand und Kohlen schaufelte, beim Passieren einer Brücke so schwere Verletzungen, daß er sofort tot war. Der Verunglückte war der Heizer Röggen aus Offenburg, der erst vor wenigen Wochen geheiratet hatte.

Radolfzell, 11. Juli. (Raub.) In Langenargen ist von zwei jungen Burden ein schwerer Raub verübt worden. Sie drangen dort in das Haus einer allein anwesenden älteren Frau ein, freubeten diese und raubten Geld, Schmuckstücke und Kleider. Mit Hilfe des Wahnpersonals gelang es, die beiden Räuber in der Person des 23-jährigen Josef Red von Vohgen und des 18-jährigen Georg Leuthold von Stammeneuth zu verhaften.

St. Georgen i. Schw., 11. Juli. (Diamantene Hochzeit.) Die Eheleute Landwirt Gottlieb Weiser konnten gestern das Fest der diamantenen Hochzeit feiern.

Mögglingen, 11. Juli. (Kudhusten-Epidemie.) Der größte Teil der Schüler der hiesigen Volksschule ist an Kudhusten erkrankt, so daß die Schule geschlossen werden mußte.

Neberdingen, 11. Juli. (Keine Stiftung.) Die aus würt. Blättern stammende Nachricht, der Fürst von Fürstentum habe 10 Millionen Mark zum Ausbau der Teuringertalbahn in Wegglingen zur Verfügung gestellt, wird als unrichtig bezichtigt.

— Von der „Frankf. Zeitung“ wird aus Berlin berichtet: In einer Sitzung des Reichsbankenausschusses hat der Reichsfinanzminister Giesberts mitgeteilt, daß sich der Forderung der Postverwaltung im Rechnungsjahr 1922 schon jetzt auf 11 Milliarden Mark stelle. Er kündigte neue Erhöhungen der Post- und Telegraphengebühren mit Wirkung vom 1. Oktober an. Postrat Ritzler machte Mitteilung über seine Erfahrungen als Sparkommissar. Danach hat das Personal an den Poststellen, innerhalb der achtstündigen Arbeitszeit eine Erhöhung der Arbeitsleistung herbeizuführen, Widerstand entgegengesetzt. Das Personal habe sich daran gewöhnt, wenig zu arbeiten. Die Postverwaltung treffe an den jetzigen unerquicklichen Zuständen keine Schuld. Die vom Vereinfachungs-ausschuß vorgelegenen Maßnahmen ließen sich nicht durchführen, weil das Personal nicht wolle.

## Gerichtssaal.

Ein Mordprozess in Heidelberg.

Heidelberg, 10. Juli. Seit Mittwoch den 5. Juli wird im Heidelberger Schwurgericht gegen Martin Köhner aus Speckbach verhandelt. Es wird ihm zur Last gelegt, die schwachsinnige Anna Dold aus Speckbach ertränkt zu haben, nachdem er sie verheiratet hatte. Anna Dold wurde ertränkt im Walde aufgefunden, jedoch ergab die eingeleitete Untersuchung, daß es sich offenbar nicht um Selbstmord handelte. Der Verdacht fiel ausschließlich auf Köhner, da diesem allein infolge seiner Beziehungen zu der Dold ein Interesse an ihrer Beseitigung zugehören würde. Der Angeklagte bestritt jedoch, daß ihm zur Last gelegte Verbrechen und behauptet ferner, daß er von der Schwachsinnigkeit des Mädchens nichts gewußt habe. Andererseits ist es ihm jedoch speziell für die Zeit, in welcher der Mord zur Ausführung gekommen sein muß, nicht gelungen, den Alibibeweis lückenlos zu erbringen. Der Staatsanwalt beantragte eine Zuchthausstrafe von 10 Jahren, während der Verteidiger darauf hin weist, daß dem Gericht der Indizienbeweis ebensoviele lückenlos gelungen sei, wie dem Angeklagten sein Alibibeweis. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach Sittlichkeitsverbrechen, verneinten indessen die Frage nach Mord, während wiederum die Frage nach Todtschlag bejaht wurde. Das Gericht fällt darauf folgenden Urteil: Martin Köhner wird wegen Sittlichkeitsverbrechens und Todtschlages zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt, sowie zur Ertragung der Kosten. Ebenso werden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre aberkannt.

Freiburg, 10. Juli. Vor dem Schwurgericht stand der Ochsenerwirt Karl Siegel in Anzingen wegen Preisbrecherei. Er habe im letzten Herbst 1920 Liter Wamener Wein zum Preise von 17,55 Mark einloßt, Steuer und Zölle einbehalten und verkauft davon das Bier für 12 Mark. Das Amtsgericht traf den Verurteilten die Strafe von 3 Jahren unerschwerter Zuchthausstrafe zu 800 Mk. Geldstrafe. In der Begründung der Strafe wurde ausgeführt, daß der Wert höchstens 10 Mark für einen Werteller hätte verlangen dürfen. Der Wert betrage demnach gerichtlich festgestellte, in der der Verteidiger die Angeklagten die Preisbrecherei damit bestritt, daß es dem Angeklagten

dadurch ermöglicht werden müßte, im Herbst wieder neuen Wein kaufen zu können. Der Vertreter der Anklage bezeichnete dies aber als durchaus irrig. Die Geschäftswelt sei nicht berechtigt, sich unter Berücksichtigung des Einkaufspreises einer Ware eine Geldforderung für etwaige teurere künftige Einkäufe reißlos aus dem Verbraucher herauszuholen. Das würde zu einer hemmungslosen, wilden Preisbrecherei führen. Das Schwurgericht verurteilte daraufhin den Wert zu 500 Mark Geldstrafe.

## Soziales.

Verbungskosten der Kriegsbefähigten.

Auf Veranlassung des Reichsbundes der Kriegsbefähigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Gau Baden hat das Landesfinanzamt an die badischen Finanzämter folgende Anweisung ergehen lassen.

Es können neben den allgemein angeführten Verbungskosten (§ 13 Absatz 1 Ziffer 1—7 E.St.G.) mit Rücksicht auf ihre Beschädigung noch folgende Sonder-Aufwendungen durchgängig als angemessen angesehen werden, die sich entsprechend der eingetragenen Geldbewertung für 1920—1922 aus der Tabelle ergeben:

1. Außerlich Verletzte,

2. Innerlich Kranke,

Lungen-, Nieren- und Magenkrankte, sowie Beschädigte mit organischen Nervenleiden.

(Innen gleichgültig sind einseitig Blinde mit erheblicher Herabsetzung der Seefähigkeit auf dem erhaltenen Auge und Beschädigte mit bleibenden Folgezuständen äußerer Verletzungen z. B. Rückenmarkverletzungen.)

Zur Feststellung der Art der Beschädigung sofern diese nicht ohne weiteres äußerlich erkennbar ist, empfiehlt es sich, sich den Rentenentscheid vorlegen zu lassen.

Tagung des badischen Rentnerbundes.

Bühl, 10. Juli. Unter städtischer Beteiligung der Vertreter der Ortsgruppen fand hier die Tagung des badischen Landesverbandes des Deutschen Rentnerbundes statt. Der Vorsitzende des Landesverbandes Dr. Wegener-Freiburg verbreitete sich eingehend über die Rentnerbewegung und ihre nächste Zukunft. Der Redner legte dar, daß es sei den Bemühungen des Rentnerbundes zu danken, daß alle jene Personen, deren Vermögen am 30. Dezember 1921 den Betrag von 500 000 Mark nicht übersteigt und die ein Einkommen von nicht mehr als 20 000 Mark haben, das Reichsnotopfer, sofern sie es bereits bezahlt haben, zurückerstattet erhalten und, soweit es noch nicht bezahlt wurde, die Sicherheitsleistungen wieder zu ihrer Verfügung gestellt werden. Auch das Vermögenssteuergesetz sei für die Rentner erträglich gestaltet worden und sei ferner gelungen, die Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes hinsichtlich der Kapitalertragsteuer zu mildern. Zu dem Gele über die Grundwertzuwachssteuer der Rentnerbund beantragt, es solle ein Zuwachs nur dann als gegeben angesehen werden, wenn er als in Goldmark vorhanden zu betrachten sei. Was die geldliche Unterstützung der Rentner durch das Reich anbelange, so müsse das Dium der Armenunterstützung von den Rentnern ferngehalten werden. — In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß die in Baden-Baden eingerichtete Arbeitsvermittlungsstelle gute Erfolge aufzuweisen habe. Weiter wurde mitgeteilt, daß alle jene Rentner, die nicht mehr als 10 000 Mk. Einkommen haben, Befreiung von der Lohnabgabe verlangen können. — Der Rest der Tagung war geschäftlichen Angelegenheiten gewidmet.

## Bermischtes.

Ausbrecher als Atroboten. Ein tollkühnes Atrobotenstück vollführten neun Männer, die aus dem Gefängnis von San Matteo in Pisa am Mitternacht ausbrachen. Sie hatten ihre Betten so gelegt, daß man glauben mußte, sie lägen darin; sie benutzten dann den Kärm, der durch die Einfrierung eines neuen Gefangenentransports verurteilt wurde, und kletterten, nachdem der Wächter die Runde gemacht hatte, ein Loch durch die Wand, worauf sie in die benachbarte leere Zelle gelangten. Hier vollführten sie das atrobotische Kunststück, daß der eine auf die Schultern des anderen stieg, bis schließlich der oberste der neun bis zum Dach reichte und dort drei Ziegel entfernen konnte. Mit Hilfe eines aus Bettlaken zusammengesetzten Seiles gelangten sie alle auf das Dach und ließen sich dann auf dieselbe Weise auf die Straße herunter. Bisher ist erst einer von den neun Ausbrechern wieder eingekerkert worden.

Berwegene Flucht aus der Fremdenlegion. Aus Bremen wird berichtet: Am 20. Juni landeten zwei ehemalige Fremdenlegionäre mit dem deutschen Dampfer „Fiducia“ im Norddeutscher Hafen. Beide sind im Frühjahr v. J. in die Fremdenlegion eingetreten. Im vorigen Sommer wurden Truppen von Algerien nach Syrien beordert. Am 1. September sind vier Legionäre vollkommen entkleidet und nur mit Schwimmwesten versehen über Bord gesprungen. Der Dampfer war 12 Kilometer vom Land entfernt, diese Gelegenheit haben die Flüchtlinge ausgenutzt. Nach 20 Stunden sind drei glücklich an Land gekommen, während der vierte ertrank. Diese drei Mann sind in der Nähe von Conja von griechischen Soldaten mit Kleidung versehen, und dann als Spione eingesperrt, aber vom Kriegsgericht freigesprochen worden. Von Conja sind zwei nach Adakia und von da nach der Insel Samos gebracht worden. Ein Dampfer der deutschen Levante-Linie hat die beiden dann mit nach Athen genommen, wo sie sich bei der deutschen Gesandtschaft meldeten. Die Gesandtschaft hat die Heimkehr der beiden — es ist ein Düsseldorfser und ein Leopoldshäuser — mit dem Dampfer „Fiducia“ angeordnet. Der dritte entkommene Legionär ist von Conja allein abtransportiert worden; er soll bereits seit zwei Monaten in seiner Heimat sein.

Die Millionen Volo Passas, der während des Krieges als Vertreter in Venedig erschossen wurde, sind durch ein Gerichtsurteil seiner Witwe entzogen und dem französischen Staat als Eigentum zugesprochen worden. Das französische Zivilgericht, vor dem die Klage der Witwe auf Herausgabe der leantestierten Millionen verhandelt wurde, nimmt an, daß der ganze Besitz Volos aus deutschen Zahlungen entstanden ist, und aus diesem Grunde der französische Staat das Recht hat, dieses Geld in Beschlag zu nehmen. Im Urteil steht die Begründung: „Dieser Besitz, der aus einer infamen Quelle stammt, hat niemals Volo gehört und steht geschlechtlich dem französischen Staat zu.“

Unnatürliches Wetter.

Da sich der aus Westen, Südwesten kommende Hochdruck in unseren Gegenden nunmehr völlig ausgeglichen hat, ist für Donnerstag und Freitag warmes, nachmittags meist bewölkttes Wetter ohne wesentliche Niederschläge zu erwarten.

